

Gibt es bei uns einen Lohnstopp?

Im Zusammenhang mit der Diskussion über das 12. Plenum wird von Genossen verschiedentlich folgende Frage gestellt: Auf welchem Wege soll das in einigen Industriezweigen und Betrieben vorhandene ökonomisch ungünstige Verhältnis zwischen dem Wachsen der Arbeitsproduktivität und dem des Durchschnittslohnes beseitigt werden? Bedeutet das Heranführen der Leistung an den erreichten Lohn eine Politik des Lohnstopps?

Kennziffern einhalten

Das 12. Plenum hat die Notwendigkeit hervorgehoben, ein richtiges Verhältnis zwischen dem Wachsen der Arbeitsproduktivität und der Zunahme des Durchschnittslohnes zu sichern bzw. herzustellen. Von heute auf morgen ist das natürlich nicht möglich. Deshalb wurde auf dem 12. Plenum davon gesprochen, in den betreffenden Industriezweigen und Betrieben das bestehende Mißverhältnis einzuschränken. Es kommt darauf an, die für dieses Jahr im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Kennziffern für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und das Anwachsen des Durchschnittslohnes einzuhalten. Das hat mit einer Politik des Lohnstopps nichts zu tun.

Die auf dem V. Parteitag und im Siebenjahrplan dargelegte Politik unserer Partei ist darauf gerichtet, den Lebensstandard der Arbeiterklasse und aller anderen Schichten des Volkes durch die rasche Steigerung der Arbeitsproduktivität ständig zu erhöhen. Gleichzeitig wird damit der Reallohn der Arbeiter und Angestellten insbesondere durch Lohnerhöhungen um 60 bis 65 Prozent steigen. Ähnliches gilt für die anderen Schichten des Volkes. Selbstverständlich setzt das voraus, daß die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht wird, die bis 1965 im Vergleich zu 1958 in der Industrie 85 Prozent betragen soll. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist also das Ent-

scheidende. Jede lohnerhöhende Maßnahme muß deshalb im richtigen Verhältnis zur Steigerung der Arbeitsproduktivität stehen, sie darf nicht willkürlich geschehen, weil sonst die proportionale Entwicklung der Volks Wirtschaft gestört wird.

Man übertreibt nicht viel, wenn man sagt, daß die Lohnpolitik gegenwärtig nicht die Partei und der Staat, sondern einzelne Industriezweige wie zum Beispiel der Maschinenbau bestimmen. Das wurde auf dem 12. Plenum festgestellt. Die Mittel für Lohnerhöhungen werden zum Teil nicht beschlossen, sondern genommen. Im Schwermaschinenbau sind zum Beispiel die Löhne in den letzten zwei Jahren um 15,2 Prozent angestiegen, ohne daß lohnerhöhende Maßnahmen beschlossen waren. Ein solches Handeln muß sich natürlich negativ auf die Volkswirtschaft auswirken. Deshalb hat das 12. Plenum des ZK sehr eingehend darauf orientiert, die bestehenden Mißverhältnisse einzuschränken.

Genosse Walter Ulbricht hat die Prinzipien begründet, nach denen diese Aufgabe gelöst werden soll.

Höhere Arbeitsproduktivität

Es muß erstens gewährleistet sein, daß die Arbeitsproduktivität schneller als der Durchschnittslohn steigt. Jedem wird einleuchten, daß die Gesellschaft nicht das gesamte Arbeitsergebnis dem unmittelbaren Verbrauch zuführen kann. Die Gesellschaft muß doch die erforderlichen Mittel zur Entwicklung der Wirtschaft bereitstellen und zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Werktätigen im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens, der Volksbildung und Kultur. „Lassen wir zu, daß die Löhne schneller steigen als die Arbeitsproduktivität, dann begeben wir uns auf den absteigenden Ast“, sagte Genosse Walter Ulbricht auf dem Plenum, „dann verbrauchen wir die Mittel, die zur Aufrechterhaltung und zur Steigerung der